



## Was 2015 geschehen muss

*Ein wissenschaftspolitischer Ausblick auf das nächste Jahr. Von Kai Gehring*

Nach schleppenden Beginn hat die Koalition mit den Ländern 2014 durchaus einige wissenschaftspolitische Weichen gestellt:

- Das Signal, die Wissenschaftspakte fortzusetzen, war **überfällig und notwendig** – nachhaltig und langfristig verlässlich ist das „Paket der Pakte“ für Studierende, Lehrende und Forschende aber nicht.
- Mit ihrer **halbherzigen Verfassungsänderung** öffnet die Koalition einen spaltbreit die Tür für dauerhafte Kooperation zwischen Bund und Ländern zum Wohle der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft – leider bleibt das bildungsfeindliche Kooperationsverbot im Schulbereich.
- **Enttäuschend** war die Novelle der Ausbildungs- und Studienfinanzierung: Die Entlastung der Länder erfolgt sofort, während Schüler und Studierende bis Ende 2016 auf eine zu **kleine Bafög-Erhöhung** warten müssen.
- Auf ihrem Rücken haben die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD einen Minimalkompromiss gezimmert, aber **keinen großen Wurf für Bildungschancen** in unserem Land.

Nach Jahren des Diskutierens ist die Wissenschaftscommunity zurecht gespannt und voller Erwartung, wie Bund und Länder die neue Verfassungsrealität für eine bessere Wissenschaftsfinanzierung nutzen wollen. Die Koalition ist dabei, diese Erwartung zu enttäuschen, weil Union und SPD keine gemeinsame Idee und kein frisches Geld haben, womit und wofür sie die neue Kooperationsmöglichkeit nutzen will.

Je weniger Wissenschaftsminister die Union in den Ländern stellt, umso lauter artikuliert sich ihre Misstrauenskultur gegenüber den Ländern. Und die Bundesjuniorpartnerin SPD ist vor allem davon getrieben, den Bund als Financier für vielfältige Länderaufgaben zu gewinnen. Aus beiden Ansätzen erwächst keine strategische Neuausrichtung der Wissenschaftsfinanzierung mit klaren Verabredungen und überprüfbaren Zielen. Als konstruktive Opposition wollen wir die Koalition aus ihrem selbstgemachten Dilemma befreien und machen weiter innovative Vorschläge für eine chancengerechte und leistungsfähige Bildungsrepublik.

Die neue Kooperationsmöglichkeit muss den Hochschulen eine bessere Grundfinanzierung bringen und der Wissenschaft faire Karrieren statt prekäre Befristungen. Dauerstellen und Daueraufgaben brauchen Finanzierungssicherheit und Planbarkeit.

Darum muss es 2015 im Einzelnen gehen:

Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetz: Der grüne Entwurf der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetz liegt seit Frühsommer vor. Seitdem hängt er im Ausschuss fest, weil Union und SPD sich noch auf keine gemeinsame Problemanalyse,

geschweige denn einen konkreten Lösungsvorschlag einigen konnten. Diese Verzögerung sorgt für eine Fortsetzung des Befristungsunwesens. Beinahe neun von zehn wissenschaftlichen Nachwuchskräften haben nur einen befristeten Vertrag. Die Hälfte aller Verträge in der Promotions- und Post-Doc-Phase hat eine Laufzeit von unter einem Jahr. Gleichzeitig erwartet die Regierung vom wissenschaftlichen Nachwuchs Hochleistungen, um Deutschlands Innovationskraft voranzutreiben. Hier passen Anspruch und Realität nicht zusammen. Wissenschaft als Beruf muss wieder attraktiver und konkurrenzfähig werden gegenüber den Karrieren in der freien Wirtschaft.

Weiterentwicklung der Personalstruktur: Die Personalstrukturen an den deutschen Hochschulen müssen international wettbewerbsfähig, planbarer und transparenter werden. Für Daueraufgaben in Forschung und Lehre sind mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse einzurichten. Auch jenseits der Professur muss es an den Hochschulen für qualifizierte und erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten geben, in denen Raum für selbständige Forschung und Lehre gegeben ist. In diesem Zusammenhang haben wir eine parlamentarische Befassung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrats im Bildungs- und Forschungsausschuss durchgesetzt, um Druck und Dynamik für bessere Wissenschaftskarrieren zu erhöhen.

Programm zu Förderung der Juniorprofessur: Um die Juniorprofessur qualitativ und quantitativ zu stärken, ist ein neues Programm zur Förderung der Juniorprofessur und Tenure-Track-Professuren aufzulegen. Das wäre ein wesentlicher Baustein einer dringenden Bund-Länder-Initiative, um wissenschaftliche Karrieren attraktiver zu gestalten. Juniorprofessuren sind dabei generell mit Tenure-Track-Regelungen zu versehen, so dass bei positiver Evaluierung ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis entsteht und das Evaluationsverfahren tatsächlich die Habilitation ersetzt.

Weiterentwicklung der Wissenschaftspakte: Es war unerlässlich, dass der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative in eine Verlängerungsrunde gehen. Versäumt wurde aber, eine langfristig tragfähige und dauerhafte Neuaufstellung der Bund-Länder-Wissenschaftsfinanzierung auf den Weg zu bringen, die für Studierende, Lehrende und Forschende Qualität in der Fläche sichert.

Wir wollen die Grundfinanzierung und Ausstattung der Hochschulen gesamtstaatlich stabilisieren. Dazu gehört auch ein Kraftakt für einen zukunftsgerichteten Hochschulbau. Und wir wollen die Bundesförderung mit verbindlichen Qualitätsstandards verbinden.

Auch über 2020 hinaus wird die Nachfrage nach Studienplätzen hoch bleiben. Der Studierendenboom hält auch im kommenden Jahrzehnt an. Darum wollen wir, dass sich der Bund dauerhaft an der Studienplatzfinanzierung beteiligt. Außerdem sollte der Bund den dritten Hochschulpakt aufstocken, wenn wieder mehr Studienanfänger als erwartet an die Hochschulen strömen. Der starre Deckel könnte dazu führen, dass die Hochschulen wegen Überfüllung die Schotten schließen – dazu darf es nicht kommen.

Bei der Exzellenzinitiative gilt es, die Evaluation abzuwarten – die internationale Kommission darf nicht zu einer Feigenblatt-Veranstaltung werden. Der Blick von außen, der nicht von föderalen Befindlichkeiten beeinflusst ist, muss ebenso erkenntnisleitend für die Neuausrichtung der Exzellenzinitiative sein wie die Berücksichtigung vielfältiger Formen von Exzellenz – wie beispielsweise regionale Kooperation und exzellente Profile.

Insgesamt: Ministerin Wanka würden wir nicht durchgehen lassen, wenn sie nach den ersten Weichenstellungen nun die Hände in den Schoß legt – dafür sind die Herausforderungen im Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationssystem weiter viel zu groß.

Das Ziel, sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in allgemeine Bildung zu investieren ist weiter meilenweit entfernt. Und bei Forschung und Entwicklung muss die Koalition endlich das ambitionierte 3,5%-Ziel fokussieren – sonst fallen wir im europäischen und globalen Bereich zurück. Und: Die Chancenarmut hierzulande muss endlich einem Bildungsaufbruch für alle weichen.